

Antrag aus der Politik öffentlich Verfasser/in: SPD-Fraktion / Fraktion DIE LINKE. / Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen / Fraktion Liberale Liste - FDP / Fraktion FÜR-WISMAR-Forum	Nr.	VO/2023/4803 öffentlich
	Datum:	17.07.2023
Anpassungen Kommunalverfassung		

Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Bürgerschaft der Hansestadt Wismar	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Präsident der Bürgerschaft wird beauftragt das folgende Anliegen der Bürgerschaft an den Städte- und Gemeindetag Mecklenburg Vorpommern und das federführende Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern heranzutragen.

"Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar fordert die Landesregierung dazu auf, im Rahmen der Novellierung der Kommunalverfassung ein Rederecht der Mitglieder der Gemeindevertretung in den beratenden Ausschüssen ihrer Gemeinde vorzusehen."

Begründung:

Im Rahmen von Beratungen der Bürgerschaft wurde deutlich, dass der Wunsch besteht, die Teilnahme und das Rederecht der Bürgerschaftsmitglieder an den Sitzungen der beratenden Ausschüsse zukünftig sicherzustellen. In den Beratungen zur Geschäftsordnung wurde ebenso deutlich, dass die Geschäftsordnung hierfür nicht das richtige Mittel wäre. Daher wurde verabredet den oben stehenden Antrag zu stellen.

Anlagen:

(Diese Vorlage wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.)